

st gallen



Geschäftsbericht 2007

Allgemeiner Rechenschaftsbericht
des Stadtrats über das Amtsjahr 2007



Fotografie

2007 waren wir mit der Fotografin Regina Kühne
im Kulturzentrum Reithalle unterwegs.

Geschäftsbericht 2007
Allgemeiner Rechenschaftsbericht
des Stadtrats über das Amtsjahr 2007

st. and



Stadtrat der Stadt St. Gallen 2007

Amtsduer 2005 bis 2008

Thomas Scheitlin, Stadtpräsident, Direktion Inneres und Finanzen

Nino Cozzio, Stadtrat, Direktion Soziales und Sicherheit

Elisabeth Beéry, Stadträtin, Direktion Bau und Planung

Fredy Brunner, Stadtrat, Direktion Technische Betriebe

Dr. Barbara Eberhard, Stadträtin, Direktion Schule und Sport

Dr. Manfred Linke, Stadtschreiber

st.adt

EINLEITUNG

7

1	Stadtentwicklung	9
2	Wirtschaft	12
3	Jugend und Bildung	14
4	Sport und Erholung	17
5	Kultur	20
6	Sicherheit	21
7	Sozialaufgaben	24
8	Verkehr	27
9	Versorgung	29
10	Entsorgung	30
11	Verwaltung	32
12	Finanzen	34
13	Umwelt und Energie	37
14	Bürgerschaft und Behörden	38

EIN STARKES ZENTRUM

Als Kernstadt übernimmt St. Gallen eine wichtige Funktion für die Region respektive für die gesamte Ostschweiz. Die Triebkraft des Kerns schlägt sich letztlich auch nieder in der Dynamik der ganzen Region. Im Jahr 2007 hat die Hauptstadt wiederum in ihre zentralörtliche Attraktivität investiert.

Mit dem im Frühjahr 2007 eröffneten Athletik Zentrum setzt St. Gallen neue Massstäbe. Die multifunktionale Halle besticht einerseits durch ihre moderne Architektur und die schweizweit einzigartige, gedeckte 200-Meter-Rundbahn mit höhenverstellbaren Kurven. Andererseits überzeugt das Athletik Zentrum St. Gallen durch seine Individualität und fast unbegrenzten Möglichkeiten; flexibel einteilbare Sporthallen, Seminarräume, Unterkünfte, eigene Parkgarage und topmoderne Geräte und Anlagen. Das Athletik Zentrum St. Gallen erfüllt die internationalen Normen für viele Sportwettkämpfe. Als Startschuss wurde die Schweizer Hallen Leichtathletik Meisterschaft durchgeführt. St. Gallen wurde mit dem neuen Athletik Zentrum zum Anziehungspunkt von Sportlerinnen und Sportlern aus der ganzen Schweiz, ja aus ganz Europa.

Für das Bundesverwaltungsgericht sind die kommunalen Rechtsgrundlagen beschlossen und auch das Fachhochschulzentrum hat wichtige Hürden genommen. Ende September konnte mit der Eröffnung von IKEA ein erster Teil der Arena St. Gallen ihrer Nutzung übergeben werden. Die Stadt hat dafür Infrastrukturen aufgebaut. Dazu gehören der öffentliche Verkehr, neue Strassenführungen usw. Die Stadt gewährleistet die Sicherheit und Sauberkeit für alle.

2008 folgen die Shopping Arena und das Fussballstadion. Das Einzugsgebiet für alle drei Teile der Arena St. Gallen geht weit über die Stadtgrenzen hinaus. Sie wird Kundinnen und Kunden aus der Schweiz, Österreich und Deutschland anziehen. Es entstehen über 500 Arbeitsplätze, die ebenfalls aus der ganzen Region Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Westen der Stadt bringen werden.

Alle diese Investitionen erhöhen schliesslich auch die Aufwendungen in der Laufenden Rechnung der Stadt. Bis Ende 2007 wurden die bestehenden Zentrumslasten und zentralörtlichen Leistungen mehrheitlich durch die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt getragen. Mit der Zustimmung der kantonalen Stimmbürgerschaft zum neuen Finanzausgleichsgesetz wurde nun die überregionale Bedeutung der Leistungen der Hauptstadt auch kantonal anerkannt. Das Finanzausgleichsgesetz bringt eine Mitbeteiligung des Kantons von etwa 50 Prozent an diesen Leistungen seiner Hauptstadt. Die Stadt gab die Entlastung den städtischen Steuerzahlerinnen und -zahlern über eine Steuerfussssenkung von 10 Prozentpunkten weiter. Damit wurde es möglich, die Steuerpflichtigen merklich zu entlasten.

Der Stadtrat ist sich seiner Verantwortung als Exekutive der Hauptstadt bewusst. Er wird deshalb auch weiterhin in den Standort und seine Attraktivität investieren. Der Stadtrat ist überzeugt, dass weitere Investitionen und Bemühungen für eine attraktive und lebenswerte Hauptstadt nötig sind und dies über Multiplikatoreneffekte auch der ganzen Region zugute kommt.

Stadtrat St. Gallen

Wünschen Sie Zusatzinformationen?

Bestellen Sie den Controlling-Teil, der über die Arbeit der Dienststellen berichtet und eine Fülle von Daten über die letzten drei Jahre enthält. Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, 9001 St. Gallen, Telefon 071 224 53 25, info@stadt.sg.ch. Sie finden den «Bericht der Dienststellen» auch unter www.stadt.sg.ch.



Rachel Lumsden, Malerin
seit 2004 im Kulturzentrum Reithalle

Der neue Richtplan ist eine zentrale Grundlage für die Stadtentwicklung der kommenden 25 Jahre. 2007 war das Jahr intensiver Facharbeit für dieses umfassende städtische Planungswerk. Sichtbar waren 2007 die Fortschritte bei verschiedenen bedeutenden Bauprojekten in der Stadt St.Gallen.

Richtplanung

Das Stadtparlament genehmigte Ende 2006 die «Grundzüge der räumlichen Entwicklung». Darauf aufbauend wurden im Jahr 2007 die Grundlagen für den Richtplan erarbeitet. Die zahlreichen Fachberichte zu den Themen «Siedlung», «Landschaft», «Verkehr» werden im Laufe 2008 vorliegen und dann zu einem umfassenden Richtplanwerk zusammengeführt.

Grossprojekte von Bund und Kanton

St.Gallen wird Standort des neuen Bundesverwaltungsgerichtes und des neuen Fachhochschulzentrums werden. Für beide Projekte konnten im Jahr 2007 die kommunalen Rechtsgrundlagen erarbeitet und beschlossen werden:

► Für das Bundesverwaltungsgericht wurden in einem raschen Verfahren eine Zonenplanänderung durchgeführt und ein Gestaltungsplan beschlossen – ebenso auch für die vom Kanton geplante benachbarte Wohnüberbauung. Alle Einsprachen konnten nach Verhandlungen bereinigt werden. Das Stadtparlament stimmte den Plänen zu, das Referendum wurde nicht ergriffen.

► Auch für das Projekt des Kantons für das Fachhochschulzentrum samt Bahnhofparking und neuem Bahnhofzugang Nord konnten 2007 die Verfahren auf kommunaler Ebene durchgeführt werden. Die öffentliche Auflage von Gestaltungsplan und Strassenprojekt führte zu verschiedenen Einsprachen, die grösstenteils ebenfalls bereinigt werden konnten. Das Stadtparlament stimmte dem Gestaltungsplan, dem Erschliessungsprojekt und den auf die Stadt entfallenden Kostenanteilen zu. Gegen das Vorhaben wurde eine Einsprache mit Rekurs weitergezogen; sie ist beim Kanton hängig.

Städtische Projekte

Zwei städtische Grossprojekte, das Rathaus und das Athletik Zentrum, wurden abgeschlossen und mit gut besuchten Einweihungsfeiern gekrönt. Beide setzen architektonische und städtebauliche Akzente.

Zahlreiche neue Projekte wurden beschlossen und teilweise in Angriff genommen, besonders erwähnt seien:

► das im 2. Anlauf genehmigte Projekt für den Umbau des «Palace» für die kulturelle Nutzung – damit kann der erfolgreiche Probebetrieb in ein definitives kulturelles Angebot übergeführt werden;

► die ebenfalls vom Parlament genehmigte und bereits begonnene Gesamtanierung der Brühltorunterführung – so kann dieser öffentliche Raum und die Verbindung zwischen Altstadt und Museumsquartier aufgewertet werden;

► das als «Springerprojekt» kurzfristig vorgezogene und vom Parlament genehmigte Projekt für den Skaterpark – ein wichtiges Zeichen des Engagements für die Interessen der Jungen und zu Gunsten eines Trendsports;

► das Projekt für die Neugestaltung der Gassen und Plätze in der südlichen Altstadt – es liegt vor dem Stadtparlament, wird aber erst nach der Klärung der künftigen Verkehrsorganisation im Klosterviertel durch die neu einberufene «Altstadtrunde» weiterbehandelt und umgesetzt.

Private Projekte

Neben den Projekten der öffentlichen Hand sind für die Stadtentwicklung die privaten Projekte, sei es im Wohnbaubereich oder im wirtschaftlichen Bereich, selbstverständlich von tragender Bedeutung. Die Stadt muss jeweils die Rahmenbedingungen für die Realisierung solcher Projekte bereitstellen, so vor allem mit entsprechenden Überbauungs- oder Gestaltungsplänen. Auch 2007 konnten grössere Projekte ermöglicht bzw. gestartet werden:

- Eine Zonenplanänderung und ein Überbauungsplan bilden die Grundlage für die Erweiterungen der «Fisba Optik» im Osten der Stadt.
- Eine weitere Zonenplanänderung und ein Gestaltungsplan ermöglichen eine grosse Wohnüberbauung auf dem der «Fisba» benachbarten Areal «Schönbüel».
- Das Projekt für die Überbauung «Birnbäumen» – eine Zonenplanänderung und drei verschiedene Gestaltungspläne für die drei Baubereiche – wurde von der Grundeigentümerin, der Ortsbürgergemeinde St. Gallen, zusammen mit der Stadt und den drei vorgesehenen Bauträgerschaften vorbereitet und vom Parlament beschlossen. Gegen die Zonenplanänderung wurde das Referendum ergriffen. Die Bürgerschaft stimmte jedoch der Zonenplanänderung zu und ermöglichte damit die Weiterführung dieses Projektes. Gegen die Einspracheentscheide zu einem der drei Gestaltungspläne wurden Rekurse an den Kanton erhoben.
- Eine weitere Volksabstimmung wurde durchgeführt zum Projekt für die Überbauung des Areals «Güterbahnhof» – diese Zonenplanänderung wurde von der Bürgerschaft abgelehnt. Kritisiert wurden hier insbesondere die Volumen der vorgesehenen Baukörper und die befürchteten Verkehrsfolgen. Angesichts der äusserst interessanten Lage dieses brachliegenden Gebietes im Stadtzentrum, nahe dem Autobahnanschluss und dem Hauptbahnhof ist es unbestritten, dass eine Überbauung in entsprechend reduzierter Form nach wie vor anzustreben ist. Entsprechende Schritte sind von der Grundeigentümerin, den SBB, zusammen mit der Stadt bereits eingeleitet worden.

► Umsetzung der Legislaturziele

Die Legislaturziele 2005 bis 2008 wurden zielgerichtet weiterverfolgt:

- Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung – gerade auch die Richtplanarbeiten – werden immer auch im engen regionalen Kontext durchgeführt. Die Vereinigung der Gemeinden der Region unter der Führung der Direktorin Bau und Planung konnte den regionalen Richtplan mit der Festlegung der G-Standorte 2007 in Kraft setzen. Das Agglomerationsprogramm wurde fertiggestellt und dem Bund eingereicht.
- Die Arbeit an der städtischen Richtplanung umfasst auch die Behandlung der Entwicklungsschwerpunkte. Auch die Legislaturthemen Wohnstadt – Wohnumfeld sowie Innenstadt und Quartiere bilden eigenständige Themen in der Richtplanung.
- Das Thema «öffentlicher Raum» ist nicht nur (ebenfalls) Richtplanthema, es ist auch Gegenstand mehrerer aktueller grosser Projekte der Stadt. Dazu gehören namentlich das Neugestaltungsprojekt für die südliche Altstadt, das Neugestaltungsprojekt für den Bahnhofplatz sowie das Projekt für die Neugestaltung des Marktplatzes, des Bohls und des Blumenmarktes.
- Schwerpunkte des Jahres 2007 bildeten auch die öffentlichen Bauprojekte, so die bereits erwähnten Projekte Fachhochschule, Bundesverwaltungsgericht, Rathaus und Athletik Zentrum, aber auch zahlreiche Sanierungs- und Erweiterungsprojekte für Schulhäuser und andere öffentliche Gebäude.



Wohnbevölkerung Stadt St. Gallen 2003 bis 2006

Einwohnende am 31. Dezember	2003	2004	2005	2006	2007
Schweizer/-innen	51 231	51 108	51 179	51 350	51 534
Ausländer/-innen	19 663	19 113	18 728	18 505	19 051
Ständige Wohnbevölkerung	70 894	70 221	69 907	69 855	70 585
Angemeldete Wohnbevölkerung	74 637	74 365	74 180	74 371	74 810



Saldo an Wanderungsbewegungen

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
+96	+246	+661	+363	−154	−222	−22	+739



Zuwachs an Wohnungen

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
160	79	440	249	172	206	130	419



Die Aufschwungsphase seit 2004 hat sich auch im Wirtschaftsjahr 2007 auf solider Basis fortgesetzt. Alle wichtigen Nachfragegrößen wie auch die meisten Branchen entwickelten sich positiv, sodass sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich entspannte.

Guter Wirtschaftsverlauf

Mit prognostizierten 2.8 Prozent weist die Schweizer Wirtschaft im Jahr 2007 ein robustes Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) auf und übertrifft damit leicht den Schnitt der Aufschwungsphase 2004 bis 2007 mit rund 2.7 Prozent. Obwohl die erfreuliche Konjunktur breit abgestützt ist, erwiesen sich im Jahr 2007 die Exporte und der private Konsum als eigentliche Treiber. Der gute Wirtschaftsverlauf widerspiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt: Innert Jahresfrist verringerte sich die Arbeitslosigkeit schweizweit um knapp 20 000 Personen oder 15.2 Prozent; die Arbeitslosenquote sank von 3.3 auf 2.8 Prozent.

St.Gallen mit erfreulicher Beschäftigungsentwicklung

Dies weisen die vom Bundesamt für Statistik publizierten Ergebnisse der Betriebszählung 2005 aus. So verzeichnete die Stadt in der Dekade 1995 bis 2005 den höchsten prozentualen Beschäftigungszuwachs der zehn grössten Schweizer Städte. Nur drei dieser Städte – nämlich Genf, Thun und St.Gallen – weisen gegenüber 2001 ein höheres Beschäftigungsvolumen auf, während Wirtschaftszentren wie Zürich und Basel einen deutlichen Rückgang hinnehmen mussten. Im Städtevergleich ist die Branchenstruktur in St.Gallen traditionell auf den sekundären Sektor spezialisiert; allerdings konnten die stärksten Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungssektor erzielt werden.

Positive Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten

Die im Berichtsjahr zum zweiten Mal durchgeführte repräsentative Befragung bestätigt die Verbundenheit und Identität der Bevölkerung mit ihrer Stadt. So leben knapp 97 Prozent der Befragten sehr gerne oder eher gerne in St.Gallen. Als positive Aspekte werden – wie bereits 2005 – die überschaubare Grösse, die geographische Lage sowie die Natur- und Grünflächen überdurchschnittlich genannt. Tiefer bewertet werden die öffentliche Sicherheit und der Verkehr. Rund 60 Prozent der Befragten beurteilen das Ausgabeverhalten und somit das Niveau des heutigen Dienstleistungsangebotes der Stadt als richtig.

Knapp drei Viertel der Bevölkerung beurteilen ihre persönliche wirtschaftliche Lage sowie diejenige der Stadt als eher gut oder sehr gut. Auch die wirtschaftlichen Aussichten werden positiv eingeschätzt. Über 85 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass diese gleich gut oder sogar besser sein werden als heute. Diese Beurteilung wird auch für die künftige wirtschaftliche Situation der Stadt geteilt.

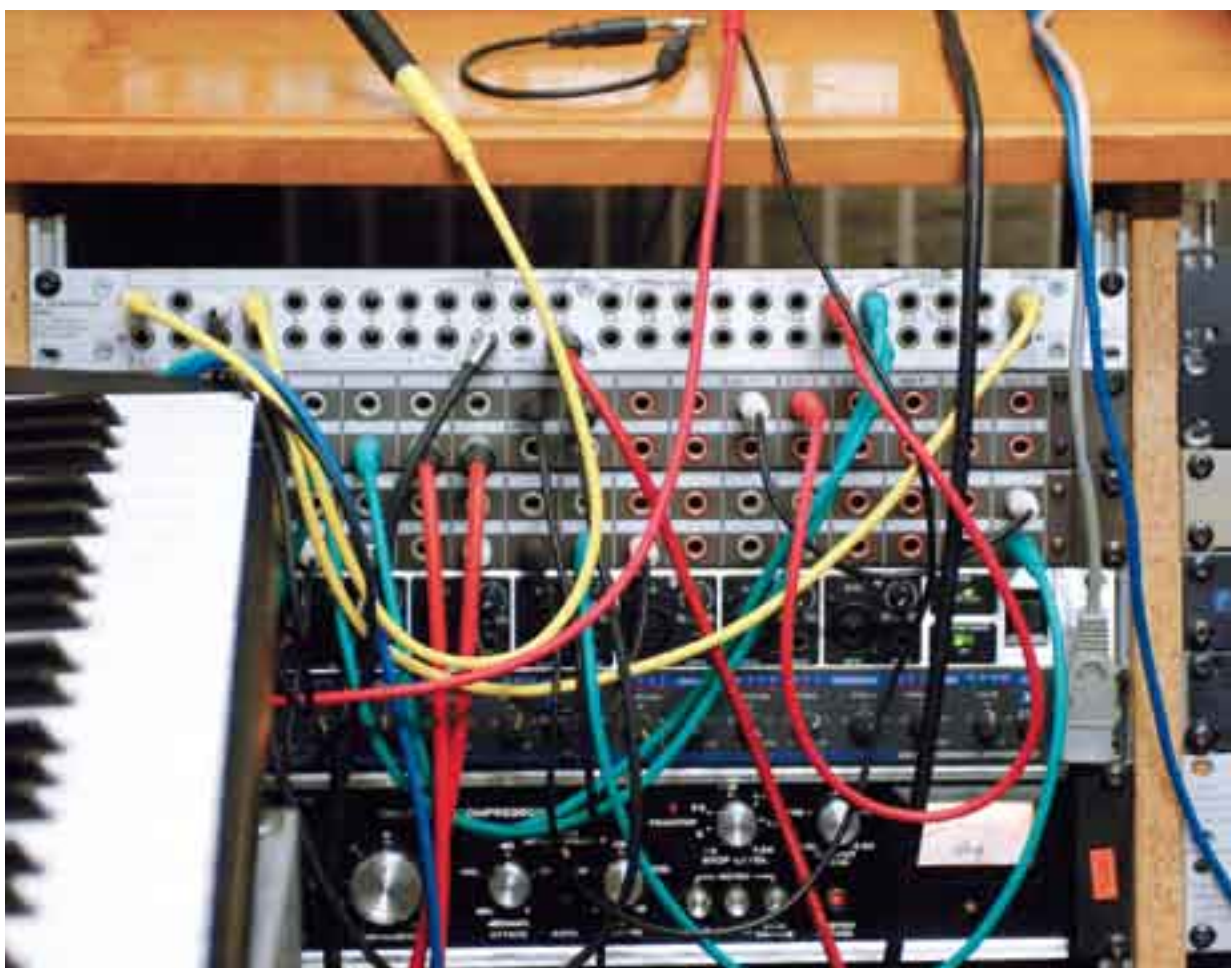
» Umsetzung der Legislaturziele

Der neue innerkantonale Finanzausgleich führt zu jährlichen Mehreinnahmen. Das Stadtparlament beschloss eine Steuerfussreduktion um 10 Prozentpunkte auf neu 149 Prozent. Damit kann die Standortattraktivität in steuerlicher Hinsicht klar verbessert werden.

Wichtige Rahmenbedingungen werden auch in Bezug auf das Baulandangebot und die Bodenpolitik gesetzt. Bewährt hat sich der revidierte Zonenplan, der in verschiedenen Stadtgebieten zusätzliche Baulandreserven für Wohnen und Arbeiten zur Verfügung stellt. In Kombination mit einer in den letzten Jahren systematisch aktiveren Bodenpolitik konnten Unternehmungen aus der Stadt und der Region neue Standorte vermittelt werden.

Mit der Teilnahme an der Immo-Messe 2007 sowie am Gemeinschaftsstand mit andern Regionen des Kantons an der Expo Real in München konnte sich die Stadt wiederum als attraktiver Wirtschafts- und Wohnstandort profilieren.

Der Stadtrat pflegt konsequent direkte Kontakte mit verschiedensten Anspruchsgruppen, um deren Anliegen zu erkunden. Die Gespräche entsprechen einem klaren Bedürfnis und die Reaktionen sind entsprechend positiv. Im Berichtsjahr wurde der Meinungsaustausch mit Wirtschaftsverbänden, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern sowie mit Delegationen von Agglomerationsgemeinden weiter intensiviert.



Gute Schule braucht nicht nur Organisationsstrukturen, die einen reibungslosen Schulbetrieb gewährleisten, sondern auch Rahmenbedingungen, die eine individuelle Förderung der Entwicklungspotenziale zulassen.

Ein Semester Schulorganisation 2007

Nach 100 Tagen wurden von den Schulleitungen die Transparenz, die kurzen und effizienten Entscheidungswege, aber auch die erhöhte Eigenständigkeit der Schuleinheit als hervorstechende Merkmale erwähnt. Sie stellten aber auch fest, dass im unmittelbaren Schulalltag kaum Änderungen spürbar sind. Diese Zwischenbilanz zeichnet ein positives Bild. Die neu geschaffenen Gremien, Pädagogischer Beirat Schule, Personalkommission und Rekurskommission Schule, haben ihre Arbeit aufgenommen. Qualifizierte Angaben zu ihrer Wirksamkeit und Akzeptanz können noch nicht abgegeben werden. Es liegen zu wenige Erfahrungswerte vor. Erste Reaktionen der unmittelbar beteiligten Personen stimmen auch hier optimistisch, doch braucht es Zeit, bis die Rollen aller beteiligten Personen gefestigt sind und bis sich die Entscheidungsprozesse etabliert haben.

Städtisches Förderkonzept

Fördermassnahmen sind in der Stadt St.Gallen seit Jahren ein kontrovers diskutiertes Thema. Da bisher verbindliche übergeordnete Leitideen fehlten, mussten verschiedene Versuche zur Schaffung eines eigenständigen Förderkonzeptes immer wieder sistiert werden. Die im Jahr 2006 durch den Kanton neu formulierten Leitideen und Richtwerte legen neu den Rahmen fest, innerhalb dessen sich auch die Stadt bei der Ausgestaltung eines neuen Förderkonzeptes festlegen muss. Gefordert wird, dass in Zukunft möglichst alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam an Erziehung und Bildung teilhaben. Die Fördermassnahmen sind darum so auszugestalten, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler trotz besonderem Förderbedarf die Volksschule besuchen können. Die Absicht ist, dass die vorhandenen Mittel primär für die Unterstützung der Regelklassen im Umgang mit der Heterogenität genutzt werden. Die Grundlagen für ein solches Förderkonzept wurden

inzwischen geschaffen und den Schulteams vorgestellt. Sie lösten in der Lehrerschaft, namentlich auf der Oberstufe, eine kontroverse Diskussion aus. Der Stadtrat hat diese Diskussion aufgenommen und dazu eine erste Stellungnahme abgegeben.

Erweiterte Blockzeiten mit Mittagstisch

Die heutigen Schulstrukturen in den Kindergärten und Primarschulen mit täglich wechselnden Unterrichtszeiten entsprechen den Bedürfnissen der Gesellschaft immer weniger. Der kantonale Erziehungsrat hat deshalb die verbindliche Vorgabe formuliert, die Blockzeiten für alle Kinder der Volksschule, inklusive Kindergärten, auf sämtliche Vormittage auszudehnen. Die Umstellung auf Blockzeiten ist für alle Schulhäuser eine grosse organisatorische Herausforderung. Es gilt, Lehrpersonen durch intensive Weiterbildung mit den Änderungen vertraut zu machen, die sich aus den Blockzeiten ergeben.

Konzept Sexualpädagogik

Mit der Stellenaufstockung konnte eine Basis für eine zukunftsweisende Sexualpädagogik gelegt werden. Sexualpädagogik soll Impulse setzen für einen verantwortungsbewussten Umgang der Kinder und Jugendlichen mit sich selbst, aber auch mit anderen. Sie soll dem Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen angepasst sein und auf die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse, aber auch die individuelle Situation und soziale Struktur jeder Schulklasse Rücksicht nehmen.

Tarifgestaltung Familienergänzende Betreuung

In Bezug auf die familienergänzenden Betreuungsangebote hat sich in der Bevölkerung weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass eine qualitativ gute Schulbetreuungsarbeit die Wissensvermittlung erleichtert und für die ganzheitliche Entwicklung des Kindes förderlich ist. Qualifizierte Betreuung wird heute als normale

Dienstleistung der öffentlichen Hand eingestuft. Dieser Wandel hat Auswirkungen auf die Tarifstruktur. Der Stadtrat hat darum für die Freiwilligen Schulhausangebote und für die Horte neue Tarife beschlossen. Tiefe Einkommen werden auch in Zukunft von niedrigen Tarifen profitieren, markant entlastet werden aber die mittleren Einkommen. Mit der Tarifrevision wurden auch Überlegungen zu einer besseren Koordination von Horten und Freiwilligen Schulhausangeboten angestellt.

Bewegung und Ernährung

Die Stiftung Gesundheitsförderung nennt jedes fünfte Kind übergewichtig. Ursachen sind vor allem die mangelnde Bewegung und eine falsche Ernährung. Auf die Znüni-Gewohnheiten im Kindergarten und in den Primarschulen nimmt die Schule Einfluss mit gesunder Ernährung. Mit dem Projekt Purzelbaum wird zudem der Bewegungsarmut entgegengewirkt. Körperliche Aktivitäten sind so in den Kindergartenalltag integriert und finden nicht nur in speziellen Lektionen statt. Ziel ist es, nicht nur im Kindergarten die Bewegungsgewohnheiten zu ändern, sondern auch die Eltern für mehr Bewegung zu gewinnen.

Mädchentreff Winkeln

Der Mädchentreff Winkeln nähert sich dem Ende der dreijährigen Pilotphase. Er bietet den Mädchen Raum für Mädchenspezifische Bedürfnisse. Im Treff fanden Veranstaltungen statt, bei welchen die Mädchen lernten, ihre eigene Stärken, Schwächen und Grenzen kennen zu lernen. Das Programm wurde zusammen mit den Mädchen erstellt. Sie machten Themenvorschläge und halfen auch bei den Vorbereitungen und der Durchführung mit. Basteln, chatten, kochen und Theater spielen gehören zu den Lieblingsbeschäftigungen. Im Treff wird Mädchenspezifisches Informationsmaterial aufgelegt, das rege nachgefragt wird. Lag in der Quartierjugendarbeit Winkeln der Mädchenanteil vor der Eröffnung des Mädchentreffs zwischen 20 und 30 Prozent, konnte dieser 2007 auf rund 60 Prozent gesteigert werden.

Jugendinformation in den Regionen

Die Vernetzung mit anderen Gemeinden oder Städten im Bereich der Jugendinformation scheiterte bisher an der Finanzierung. Seit Anfang 2007 läuft mit Geldern aus

dem kantonalen Jugendprojektfonds, der Dietschweiler Stiftung und der Gemeinnützigen und Hilfsgesellschaft der Stadt St.Gallen ein zweijähriges Projekt zur Jugendinformation. Abgestützt auf das Konzept der städtischen Jugendinformationsstelle «tipp – infos für junge leute» und die Aufbauarbeit des Jugendsekretariates wurden neu in neun Gemeinden, Städten und Regionen des Kantons Jugendinformationsstellen etabliert. Es sind dies die Standorte Gossau, Rorschach, Heerbrugg, Altstätten, Uzwil, Flawil, Wil, Buchs und Rapperswil-Jona. Mit dem «tipp» St.Gallen und den neun regionalen «tipp»-Stellen haben 55 Prozent der Jugendlichen des Kantons Zugang zu umfassender Jugendinformation.

» Umsetzung der Legislaturziele

- » Die Schulorganisation 2007 ist auf den 1. August 2007 umgesetzt.
- » Die Schulleitungen sind auf ihre neue Führungsaufgabe vorbereitet.
- » Die Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen auf der Primar- und Oberstufe sind ausgehandelt und die Anstellungsverträge erstellt.
- » Die Weiterbildung der Lehrpersonen für den Unterricht in Frühenglisch ist aufgegleist, sodass auf das Schuljahr 2008/2009 in allen dritten Primarklassen Frühenglisch erteilt werden kann.
- » Das Modell KidS ist in den Schulhäusern Halden und Boppartshof als Pilotprojekt eingeführt.
- » Die Jugendarbeit Zentrum funktioniert sowohl für den aufsuchenden wie stationären Teil mit Betrieb einer Jugendbeiz in der Talhofturnhalle.
- » Der Umzug der Jugendkultur Flon in neue Räumlichkeiten in den Lagerhäusern ist erfolgt.



Volksschule

	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl Schülerinnen und Schüler	7 199	7 113	6 934	6 868	6 333
Anzahl Klassen	393	*398	*389	381	374
Anzahl volle Pensen	575	572.6	565	560	**535

* $\frac{2}{3}$ -Klassen als ganze Klassen gezählt

** Total aller Pensen der Kindergärten, Primarschulen, Oberstufen, Musikschule, Logopädie und Psychomotorik (inkl. Schulleitungen), aber ohne Aushilfen und Stellvertretungen.



Familienergänzende Betreuung

Anzahl Schülerinnen und Schüler	2003	2004	2005	2006	2007
Horte	191	188	201	203	205
Freiwillige Schulhausangebote	198	289	420	390	417
Gesamt	389	477	601	593	622



Die Sportinfrastruktur wächst weiter an. Mit der Inbetriebnahme des Athletik Zentrums St. Gallen verfügt die Stadt über eine Anlage von nationaler und internationaler Ausstrahlung.

Athletik Zentrum St. Gallen in Betrieb

Das Athletik Zentrum St. Gallen konnte nach rund zweieinhalbjähriger Bauzeit im Februar mit einem grossen Eröffnungsfest eingeweiht und dem Betrieb offiziell übergeben werden. Als erster Grossanlass lockte die «Leichtathletik-Hallen-Schweizermeisterschaft» rund 2 000 Zuschauende an und setzte einen glanzvollen Start für dieses einzigartige Sportzentrum in der Schweiz. Bis zu den Sommerferien nutzten die ersten Schulklassen und Sportvereine die moderne Infrastruktur. Nach den Sommerferien herrschte schulisch annähernd Vollbetrieb. Daneben fanden sechs Grossanlässe, diverse Trainingslager, kleinere Anlässe und Führungen statt. Per Ende 2007 lag die Auslastung bei den Schulen bei rund 80 Prozent und bei den Vereinsbelegungen bei 100 Prozent. Bereits im ersten Betriebsjahr gelang es, das Athletik Zentrum St. Gallen bis über die Landesgrenzen hinaus bekannt zu machen.

Schwimmbad Rotmonten

Per 1. Januar 2007 ging das Freibad in Rotmonten in städtisches Eigentum über. Konnten sich die Besucherinnen und Besucher beim traditionellen Eröffnungsapéro noch am sommerlichen Wetter freuen, war gesamthaft betrachtet die Badesaison witterungsbedingt schlecht. Mit knapp 22 000 Badegästen war das Bad schwach ausgelastet. Der Betrieb an sich verlief ohne nennenswerte Probleme.

Eingelöst werden sollte auch das von der Stadt gegenüber der Genossenschaft abgegebene Versprechen, das Bad nach der Übernahme zu sanieren. Das dazu dem Stadtparlament unterbreitete Sanierungsprojekt wurde indes zurückgewiesen mit dem Auftrag, ein alternatives Projekt eines «Biobades» ausarbeiten zu lassen. Der für Ende der Badesaison angesetzte Umbau des Freibades konnte deshalb nicht in Angriff genommen werden.

Rollpark

Nach umfassenden Abklärungen bewilligte das Stadtparlament im Februar einen Kredit von CHF 700 000 für den Neubau eines Rollparks auf dem Kreuzbleicheareal. Von Beginn der Planung weg waren die künftigen Nutzergruppen in die Projektierungsarbeiten einbezogen und konnten ihre Ideen und Wünsche einbringen. Auch in der Bauphase sind die Mitarbeit und das Know-how der Benutzergruppen gefragt. Der Bau des Rollparks ist bereits weit fortgeschritten.

Fussballtraining in der Stadt St. Gallen

Eine Erhebung über die Trainingsbelegungen der städtischen Fussballanlagen ergab, dass während der Fussballsaison von April bis Oktober auf den städtischen Fussballanlagen und Schulspielwiesen pro Woche gegen 350 Stunden Fussballtraining von Teams durchgeführt werden, die an offiziellen Meisterschaftsspielen teilnehmen. Darin nicht enthalten sind die unzähligen Gruppierungen, welche ohne Vereinszugehörigkeit ebenfalls mehr oder weniger regelmässig dem runden Leder nachjagen.

Der FC St. Gallen (AG und Verein) belegt die städtischen Fussballspielfelder (Gründenmoos und Lukasmühle) mit gegen 90 Trainingsstunden pro Woche mit all seinen Teams von der Super League bis hin zum Juniorinnenfussball. Im Breitensportbereich ist der SC Brühl am aktivsten. Die Kapazität der Sportanlage Krontal ist mit der aktuellen Grösse und den Trainingsbedürfnissen des Vereins mehr als erschöpft. Aber auch die weiteren Breitensportvereine FC Fortuna, FC Rotmonten, TSV St. Otmar Fussball und der FC Winkeln leisten ihren Anteil an der Jugendsportförderung.



Urs Baumgartner, Musiker
seit 2002 im Kulturzentrum Reinhalle

Stadion Espenmoos

Die Stadiongenossenschaft Espenmoos löst sich per Ende der Fussballsaison 2007/2008 auf; an der ausserordentlichen Generalversammlung haben sich die anwesenden Genossenschafter klar dafür ausgesprochen. Damit fällt das Stadion Espenmoos bezüglich Nutzung und Unterhalt in die alleinige Verantwortung der Stadt. Es ist vorgesehen, das Stadion für den Breitensport zu nutzen und entsprechend umzubauen. Die Betriebsleitung ist dem Sportamt übertragen.

Bewegungsförderung

Bewegung und Sport sind Themen, welche zunehmend grössere Bedeutung erhalten. Trotzdem bewegen sich viele Leute wenig oder zu wenig. Diese Feststellung lässt sich in jedem Alterssegment machen. Die Stadt nimmt deshalb teil am Bewegungsförderungsprojekt des Bundes «go for 5». «Go for 5» ist ein Anlass, bei welchem möglichst viele Menschen sich zu einem bestimmten Zeitpunkt über einen Rundkurs von fünf

Kilometern bewegen. Im Vorfeld des Anlasses werden diverse Trainings durch ausgebildete Coaches angeboten. «Swiss athletics» wird die Organisatoren in verschiedenen Bereichen unterstützen.

» Umsetzung der Legislaturziele

- Das Athletik Zentrum St.Gallen steht in Betrieb. Die Auslastung entspricht den Erwartungen und den Vorgaben des Marketingkonzeptes.
- Erweiterte Abklärungen für das Hallenbad Blumenwies mit Aussenbad sowie die Renovation und Umgestaltung des Volksbades in ein Gesundheitsbad sind erfolgt.
- Die Übernahme des Freibades Rotmonten erfolgte reibungslos. Die Badesaison 2007 lief erstmals unter städtischer Verantwortung.



Unterstützung im Jugendsport

(Kinder und Jugendliche 8 bis 20 Jahre)

	2003	2004	2005	2006	2007
Knaben	3 059	2 831	2 873	2 859	2 162
Mädchen	1 725	1 717	1 658	1 678	1 139
Total	4 784	4 548	4 531	4 537	3 301

Im Jahr 2007 wurde der Pro-Kopf-Beitrag an die Vereine nur noch für städtische Jugendliche ausgerichtet. Die Gesamtzahl aller Jugendlichen (inkl. Auswärtige) in den städtischen Vereinen bewegt sich nach wie vor in der Grössenordnung der Vorjahre.

Im November wurden die Sanierung des Gebäudes und der Betriebsbeitrag für den Kulturbetrieb Palace vom Stadtparlament bewilligt. Damit konnte eines der wichtigen Legislaturziele im Bereich Kultur realisiert werden. Zudem konnte die Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kanton grossenteils geklärt werden.

Kulturbetrieb Palace

Der erfolgreiche provisorische Kulturbetrieb, der im Herbst 2006 gestartet ist, hat gezeigt, dass eine kulturelle Nutzung des ehemaligen Kinosaa's möglich und sinnvoll ist. Die Stadt hatte deshalb den Betreiberverein eingeladen, ein Konzept für einen definitiven Kulturbetrieb zu entwickeln. Parallel dazu wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein ein Projekt für eine sanfte Sanierung des Gebäudes erarbeitet. Ziel war es dabei, den speziellen Charme der Räumlichkeiten so weit als möglich zu erhalten. Das Stadtparlament hat der Vorlage zugestimmt und einen jährlichen Beitrag für den kulturellen Betrieb bewilligt.

Aufgabenteilung Stadt und Kanton

Im Verlaufe des vergangenen Jahres hat sich das kulturpolitische Engagement des Kantons in der Hauptstadt weiter konkretisiert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kanton intensiv diskutiert. Angestrebt wurde dabei eine möglichst klare Aufteilung der Hauptverantwortlichkeiten. Entsprechend diesem Grundsatz bleibt die Stadt auch in Zukunft für die Stiftung St.Galler Museen zuständig, während sich der Kanton auf den Ausbau des Textilmuseums und der Lokremise konzentriert. In der Neuen Bibliothek St.Gallen sollen die Kantonsbibliothek St.Gallen und die Freihandbibliothek unter einem Dach zusammengeführt werden. Die Hauptverantwortung für das Projekt liegt beim Kanton.

Öffentliche Verleihung der Auszeichnungen für kulturelles Schaffen

Im Jahr 2006 sind der Anerkennungspreis und die vier Förderungspreise der Stadt St.Gallen erstmals im Rahmen einer öffentlichen Feier verliehen worden. Diese öffentliche Verleihung fand sowohl bei den geehrten Kulturschaffenden als auch beim Publikum grossen Anklang. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, neben den Preisen neu auch die Werkbeiträge im Rahmen dieser öffentlichen Feier zu überreichen. Als besonderer Höhepunkt der Feier im Palace wurde das Werk «Meienberg-Vetsch-Meienberg» des St.Galler Komponisten Alfons K. Zwicker (Werkbeitrag 2007) uraufgeführt.

» Umsetzung der Legislaturziele

Die neue Vorlage betreffend Sanierung und Kulturbetrieb Palace wurde im November 2007 vom Stadtparlament gutgeheissen. Der ehemalige Kinosaal kann damit auch in Zukunft kulturell genutzt werden. Die Stadt verfügt so über einen neuen Kultur- und Begegnungsort, der das kulturelle Angebot der Stadt sinnvoll ergänzt und bereichert.

Voraussetzung für das Wohlbefinden und die Lebensqualität ist ein bürgernahes und qualitativ hochstehendes Angebot an städtischen Sicherheitsdienstleistungen.

Klares Bekenntnis zur Stadtpolizei

Zur Gewährleistung einer sicheren und lebenswerten Stadt müssen die lokalen Behörden über angemessene polizeiliche Ressourcen mit entsprechenden Kompetenzen verfügen. Deshalb haben sich Stadtrat und Stadtparlament klar gegen die Schaffung einer Einheitspolizei unter entsprechender Kantonalisierung des Polizeiwesens ausgesprochen, wie sie im Rahmen eines auf kantonaler Ebene eingereichten Postulats angeregt wurde. Im Vergleich zu kleineren und mittleren Landgemeinden weist die Stadt St. Gallen als urbanes Zentrum der Ostschweiz andere polizeiliche Bedürfnisse auf, deren angemessene Erfüllung durch die Stadtpolizei im Interesse der Stadt wie auch des Kantons liegen. Am 26. September 2007 beschloss der Kantonsrat mit 99 Ja- gegenüber 59 Nein-Stimmen, auf das erwähnte Postulat nicht einzutreten. Der Stadtrat wertet dieses Bekenntnis zur Stadtpolizei als Bestätigung der bestehenden klar geregelten Aufgabenteilung zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei.

Sicherheitserhöhung mittels Videoeinsatz

Anlässlich der Abstimmung vom 25. November 2007 hiessen die Stimmberechtigten der Stadt St. Gallen mit 63.3 Prozent Ja-Stimmen die Kreditvorlage zur «Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen» gut. Die Vorlage betraf einerseits die Videoüberwachung mit Alarmeinrichtungen auf öffentlichem Grund und andererseits den Videoeinsatz im Umfeld des neuen Fussballstadions im Westen der Stadt. Ersteres soll an einzelnen neuralgischen Orten in der Innenstadt eingerichtet werden. Die Anlage im Stadion mit Echtzeitvisionierung dient der polizeilichen Führungsunterstützung.

Bevölkerungsbefragung 2007

In der repräsentativen Bevölkerungsbefragung 2005 war noch der Bereich «Drogen» das meistgenannte Problem in der Stadt St. Gallen. In der Umfrage 2007 nimmt demgegenüber der Bereich «Kriminalität/öffentliche Sicherheit» den ersten Platz unter den meistgenannten Problemen ein. Im Allgemeinen ist das Sicherheitsempfinden in der Stadt St. Gallen aber nach wie vor hoch. In drei Quartieren hat das Gefühl der Unsicherheit zugenommen. In diesen Quartieren werden Nachhebungen durchgeführt, um zielgerichtete Verbesserungsmassnahmen treffen zu können. Wie schon 2005 beurteilt gut ein Drittel der Befragten das Image der Stadtpolizei als «sehr gut», während rund 56 Prozent der Befragten dieses als «eher gut» einstufen.

Feuerwehr und Zivilschutz

Für den Feuerwehrstützpunkt an der Notkerstrasse steht eine Gesamtsanierung an. Das entsprechende Raumprogramm wurde erarbeitet. Ob die Sanierung des Gebäudes erfolgt oder ob ein neuer Stützpunkt an anderem Ort erstellt wird, ist zur Zeit Gegenstand von Abklärungen. Auch im Feuerwehrwesen ist ein Trend zur Professionalisierung der Ausbildungen zu erkennen. Massgeblich beteiligt an der Ausarbeitung der entsprechenden Konzepte ist die Berufsfeuerwehr St. Gallen. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, dass die Anerkennung als Beruf mit eidgenössischem Fachausweis bald erfolgen wird.

► Umsetzung der Legislaturziele

► Die per 1. Januar 2008 umgesetzte Reorganisation der Stadtpolizei strebt allgemein eine höhere Uniformpräsenz an. Ausserdem wurde die neue Funktion des Jugendpolizisten geschaffen. Die beschlossene Aufstockung der Stadtpolizei um die erwähnten acht Stellen wurde umgesetzt.

► Mit polizeilichen Massnahmen konnte die Überbeanspruchung des öffentlichen Raums reduziert werden. Dies gilt insbesondere für die Schwerpunkte Drei Weieren, Bahnhof und Bohl.

► Stadt und Kanton St.Gallen haben bereits 2006 die erforderlichen Entscheide getroffen, damit die Einsatzzentralen von Stadt- und Kantonspolizei technisch zu-

sammengeführt werden können. Die Arbeiten gehen plangemäss voran. Mit der angestrebten Lösung kann eine technische und örtliche Redundanz zwischen den beiden Polizeikörpern erzielt werden. Insbesondere können sich die beiden Zentralen während Spitzen- und Überbelastungen bei Grossanlässen zeitverzugslos gegenseitig unterstützen.

► Der Einsatzleitrechner der Berufsfeuerwehr wurde in Betrieb genommen.

► Die Projektierung für die Sanierung und den Umbau des bestehenden Feuerwehrgebäudes wurde zurückgestellt, da vorerst die Ergebnisse der Planungsarbeiten betr. Linienführung der Südspanne A1 abgewartet werden müssen.



Verkehrsunfälle in der Stadt

Unfallarten	2003	2004	2005	2006	2007
Mit Personenschaden	204	200	161	135	182
Nur mit Sachschaden	676	690	522	490	493
Nichtgenügen der Meldepflicht	239	241	230	191	207



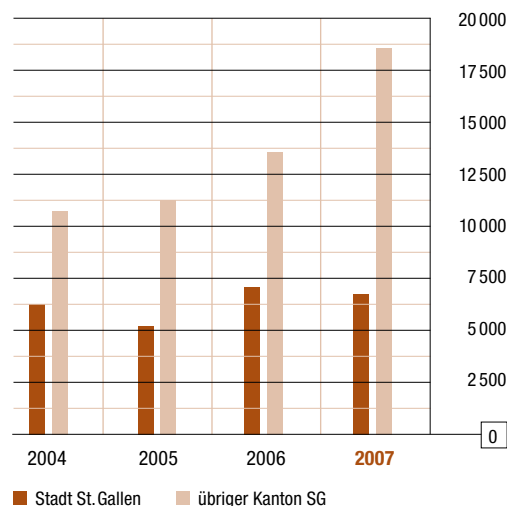
Unfälle mit Personenschaden

Unfälle mit Personenschaden	2003	2004	2005	2006	2007
Leicht verletzte Personen	223	207	173	133	188
Schwer verletzte Personen	20	30	13	27	41
Tödlich verletzte Personen	3	0	0	1	1

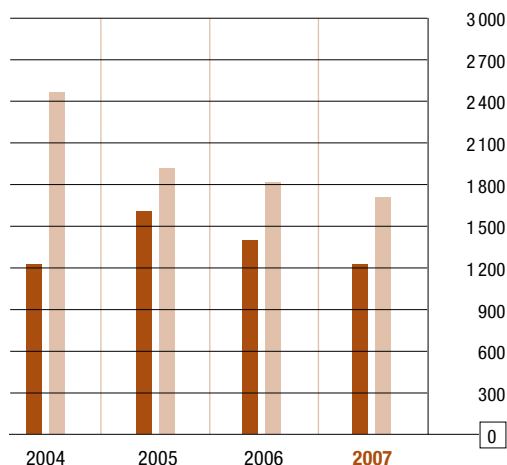


Delinquenzvergleich Stadt/Kanton

Strafgesetzbuch



Betäubungsmittel



■ Stadt St. Gallen ■ übriger Kanton SG

* ab 1.1. 2006 neue Zählweise nach Gesetzesverstössen



Peter Dew, Bildhauer
seit 2003 im Kulturzentrum Reithalle

Zu den zentralen Integrationsaufgaben gehören die Förderung der Sprachkompetenzen bei Fremdsprachigen sowie die berufliche und soziale Integration von Arbeitslosen.

Fallentwicklung in der Sozialhilfe

Im Jahr 2007 sanken erstmals seit vielen Jahren die Fallzahlen in der Sozialhilfe recht deutlich um 15 Prozent. Allerdings sind die Kosten nicht im gleichen Masse gesunken. Alleine bei den Neuaufnahmen war ein Rückgang von 10 Prozent zu verzeichnen. Einerseits haben die gute Wirtschaftslage, der kontinuierliche Konjunkturaufschwung und die demzufolge geringere Arbeitslosigkeit nun auch günstige Auswirkungen für die Sozialhilfe gezeigt, andererseits haben aber auch die durch die Sozialhilfe ergriffenen Massnahmen und dabei vor allem die intensive Beratung mit zielgerichteten Integrationsmassnahmen und Vernetzungsarbeit mit andern involvierten Stellen die erwünschte Wirkung gezeigt. Deutlich mehr Personen konnten in den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt werden (303 Personen bzw. 27 Prozent mehr als 2006). Wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen hat die enge Zusammenarbeit mit der Stiftung für Arbeit, welche 1997 von der Stadt ins Leben gerufen wurde und von ihr finanziell unterstützt wird.

Bei den Asylsuchenden hat die neue Ausländer- und Asylgesetzgebung Auswirkungen gezeigt. Der Rückgang bei den Asylsuchenden beträgt 26 Prozent.

Vormundschaftliche Massnahmen nehmen weiter zu

Das Vormundschaftsamt sieht sich schon seit Jahren mit kontinuierlich steigenden Fallzahlen und einer ständig komplexer werdenden Aufgabenabwicklung konfrontiert. Einerseits führt die steigende Lebenserwartung unserer Bevölkerung dazu, dass die Zahl betreuungsbedürftiger betagter Menschen, insbesondere Demenzkranker, ansteigt. Andererseits sinkt das Durchschnittsalter schwieriger Jugendlicher, welche vormundschaftlicher Betreuung bedürfen. Diese beiden gesellschaftlichen Entwicklungen wirken sich negativ auf die Fallzahlen aus. Das Vormundschaftsamt hat ver-

schiedene Massnahmen in die Wege geleitet, um mit der aufgezeigten Entwicklung Schritt zu halten.

Ende 2007 hat eine Umfrage bei allen privaten Betreuungspersonen stattgefunden. Das Ergebnis der Auswertung der Fragebögen wird für die Verbesserung des Unterstützungsangebotes herangezogen. Im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes hat eine Differenzierung des Angebotes stattgefunden. Insbesondere sozialpädagogische Familienbegleitungen durch Dritte tragen dazu bei, dass intern weniger Ressourcen gebunden werden. Überdies können dadurch in gewissen Fällen kostenintensive Heimplatzierungen von Kindern und Jugendlichen vermieden werden.

Vergünstigte Deutschkurse

Im Rahmen des neuen Ausländergesetzes wird auch der Erwerb einer Landessprache geregelt. Neu können Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligungen von der Sprachkompetenz abhängig gemacht werden. Die Stadt St. Gallen möchte mit «Gutschriften» für den Besuch von Deutschkursen den Anreiz zum Erwerb der deutschen Sprache verbessern. Es gilt die Regel, dass für jeden nachweislich abgeschlossenen Sprachkurs beim Amt für Gesellschaftsfragen eine Gutschrift im Wert von CHF 50 beantragt werden kann.

Die Förderung der Sprachkompetenzen bei Fremdsprachigen ist eine vordringliche Integrationsaufgabe. Die Stadt St. Gallen schlägt mit dem Anreizsystem für Sprachgutschriften einen neuen und innovativen Weg in der Sprachförderung ein.

Grundlagen der zukünftigen städtischen Alterspolitik

Der Ausschuss der «Konferenz für Alters- und Behindertenfragen» (KABF) hat einen Prozess zur Strategieentwicklung im Bereich der städtischen Alterspolitik

angestossen. In mehreren Schritten wurden eine Situationsanalyse vorgenommen, Schwerpunktthemen im Gestaltungsbereich der Stadt definiert sowie Wünsche und Ideen für die Umsetzung zusammengetragen. Die drei KABF-Arbeitsgruppen «Alter und Gesellschaft», «Behindertenfragen» sowie «Stationäre Altershilfe» wurden zur Vernehmlassung eingeladen und haben ihre Anregungen und Stellungnahmen deponiert. Wiederkehrende Themen in der Diskussion waren die zugrunde liegenden Werte, Fragen der Selbstbestimmung, die Berücksichtigung der Interessen aller Generationen und der Stellenwert des Quartiers als Bezugspunkt für Massnahmen. Damit sind die Grundlagen geschaffen, um im Lauf des Jahres 2008 die künftige Ausrichtung der städtischen Alters- und Generationenpolitik zuhanden des Stadtrates zu formulieren.

► Umsetzung der Legislaturziele

- Das Sozialamt arbeitet konsequent mit einem Anreizsystem. Berufliche und soziale Integration wird mit einem Bonus belohnt. Fehlende Bemühungen führen zu Beitragskürzungen. Die Zahl der beruflichen Integrationen im ersten Arbeitsmarkt konnte 2007 dank besserer Wirtschaftslage und aktiver Förderung in der Sozialberatung um 27 Prozent auf 303 Personen erhöht werden.
- Die Inkassoquote im Bereich der Alimentenbevorschussung konnte gegenüber 2006 deutlich gesteigert werden.
- Mitte Jahr wurde im Erdgeschoss des Rathauses eine Informationsstelle geschaffen, die über die Angebote von sozialen Organisationen in der Stadt St. Gallen Auskunft geben kann.



Sozialhilfe-Unterstützungen	2003	2004	2005	2006	2007
Unterstützungsfälle	2 532	2 651	2 881	2 944	2478
Unterstützte Personen	4 145	4 400	4 715	4 740	3985



Sozialhilfe-Ausgaben	2003	2004	2005	2006	2007
Nettoaufwand (in CHF 1 000)	12 979	15 745	21 332	21 520	21 184
In Steuerprozenten	9.9	11.8	15.9	15.8	15.6



AHV-/IV-/EL-Fälle	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl AHV-/IV-Fälle	10 739	11 286	11 348	11 484	11 321
Ausbezahlte Renten (in CHF 1 000)	186 330	193 652	198 135	200 508	208 502
Anzahl EL-Fälle	3 451	3 641	3 700	3 782	3 784
Ausbezahlte EL (in CHF 1 000)	69 882	74 539	71 378	74 613	75 711



Vormundschaftliche Massnahmen	2003	2004	2005	2006	2007
Massnahmeführung durch Hauptamtliche	919	998	995	1 039	1 046
Massnahmeführung durch Nebenamtliche	501	495	500	497	491



Subventionssummen (in CHF 1 000)	2003	2004	2005	2006	2007
Spitex	1 097	1 098	1 184	1 287	1 276
Kinderkrippen	1 246	1 775	1 689	1 668	1 858
Stiftung Suchthilfe	1 113	1 175	1 140	1 115	1 079
Stiftung für Arbeit	640	630	607	650	637
Baubeiträge Betagtenheime	9 075	4 884	522	3 379	4 000

Marlies Pekarek, Künstlerin
seit 1998 im Kulturzentrum Reithalle



Die Richtplanung wird auch für die mittel- und langfristige Verkehrsplanung fundierte und mit der Siedlungs- und Landschaftsentwicklung koordinierte Grundlagen ergeben. Die Verkehrsbetriebe (VBSG) erneuern ihre gesamte Fahrzeugflotte; die notwendigen Volksentscheide sind gefällt. Die Linie 2 verkehrt seit dem Fahrplanwechsel bis in den Hinterberg. Ebenfalls wurden die Betriebszeiten aller Linien am Abend um eine Stunde verlängert.

Richtplanung

Die Arbeiten zum neuen Richtplan der Stadt St. Gallen umfassen neben den Bereichen Siedlung und Landschaft als dritte Hauptthematik den Verkehr. Im Rahmen der Richtplanung werden die verkehrspolitischen Ziele definiert und verschiedenste Teilprojekte für den Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr ausgearbeitet. Im Jahr 2007 wurden dazu umfassende Grundlagen erarbeitet. 2008 wird dies zu einer Synthese im Hinblick auf den gesamten Richtplan führen und die Grundlage für die anschliessende öffentliche Diskussion bilden.

Bahnhofplatz und Marktplatz

Diese beiden wichtigsten innerstädtischen Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs sind beide Gegenstand einer Planung für eine Neugestaltung und Neuorganisation, und zwar sowohl im Hinblick auf die städtebauliche Attraktivität und die Nutzbarkeit wie auch die betrieblichen Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs. Für den Bahnhofplatz und für den Marktplatz/Bohl/Blumenmarkt sind 2007 Gestaltungswettbewerbe vorbereitet worden. In beiden Fällen werden mit den Gestaltungsprojekten massgebende Verbesserungen für den öffentlichen Verkehr und deren Benutzerinnen und Benutzer, Aufwertungen für die Passantinnen und Passanten und die Velofahrenden, aber auch zusätzliche Parkierungsangebote für den Individualverkehr geschaffen.

Arena St. Gallen

Das aufwendigste und komplexeste Verkehrsprojekt der letzten Jahre in der Stadt St. Gallen ist das Projekt «Stadion», das 2008 abgeschlossen wird. Im Jahr 2007 eröffnete die IKEA ihr Haus und wurde ein erster Teil

des Verkehrskonzeptes umgesetzt. So wurde die Autobahn termingerecht angepasst, und der ÖV-Knoten Arena mit den Verbindungen nach Gaiserwald, Gossau, Herisau und dem Stadtzentrum ging in Betrieb. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass das umfassende und sorgfältige erarbeitete Verkehrskonzept diesen ersten Test bestanden hat.

Flottenerneuerung VBSG

Am 25. November 2007 erteilten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit einem Ja-Stimmenanteil von 89 Prozent einen Kredit von CHF 35.4 Mio. für den Ersatz der VBSG-Trolleybusflotte durch 24 moderne Gelenk-Trolleybusse. Die ersten neun Trolleybusse sollen auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2008 in Betrieb genommen werden.

Im Dezember sind die ersten sieben mit Diesel betriebenen 2-Achser-Autobusse in St. Gallen eingetroffen. Sie stehen nach Abschluss der Bereitstellungs- und Ausstattungsarbeiten und der offiziellen Abnahmen ab Februar 2008 im Einsatz.

Neue Angebote im Fahrplan

Auf den Fahrplanwechsel wurde die Linie 2 wesentlich verlängert. Sie führt neu vom Ahorn weiter über die Ober- und Hechtackerstrasse zum Bahnhof Haggen und weiter über die Lehnstrasse bis in den Hinterberg. In einem dreijährigen Versuchsbetrieb werden die kundenseitigen und betrieblichen Bedürfnisse ausgelotet. Seit 9. Dezember fahren die letzten Busse ab Bahnhof St. Gallen täglich eine halbe Stunde nach Mitternacht in alle Richtungen. Mit dieser Ausdehnung der Betriebszeit um eine Stunde wurden die Busanschlüsse für Zugreisende deutlich verbessert.

► Umsetzung Legislaturziele 2005 bis 2008

► Die Richtplanung ist auch für den Bereich Verkehr intensiv in Arbeit, 2008 werden die Ergebnisse zuhanden der öffentlichen Diskussion vorliegen.

► Mit den Projekten Bahnhofplatz und Marktplatz, dem Parkhaus Schibenertor, der Neugestaltung der Unterführung Brühltor und der Neugestaltung der öffentlichen Räume im Klosterviertel wird die Altstadt und Innenstadt aufgewertet und gefördert. Zusammen mit anderen Projekten – Neubau Manor und Erweiterung Parkgarage Unterer Brühl – ist das Parkplatzangebot in der Innenstadt deutlich ausgebaut worden, allerdings zeigen sich nun Grenzen sowohl in Bezug auf die verkraft-

baren Verkehrskapazitäten wie auch in Bezug auf die Nachfrage ausserhalb der Spitzenzeiten.

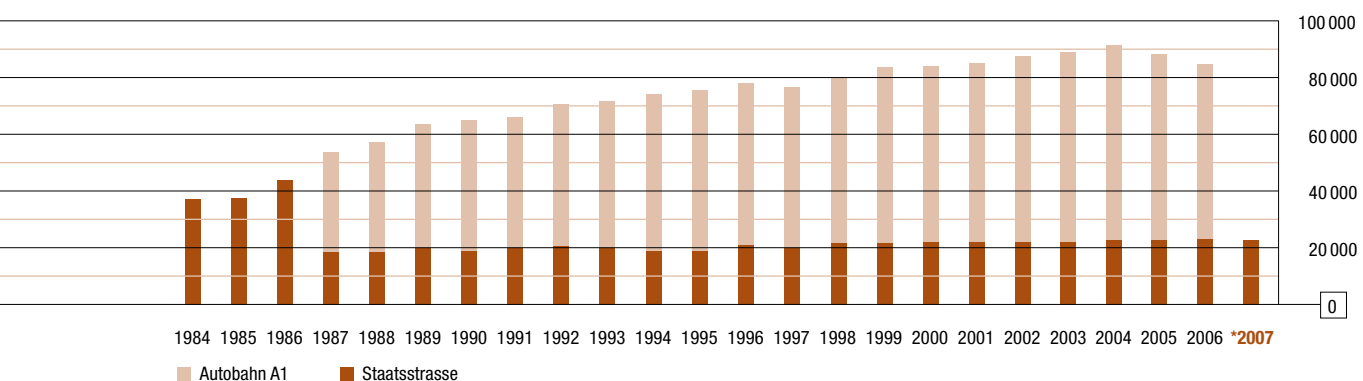
► Die Themen Langsamverkehr, Wohngebiete, Förderung des öffentlichen Verkehrs sind Gegenstand der Richtplanung und werden intensiv weiterbearbeitet – gleichzeitig werden die laufenden konkreten, grösseren oder kleineren Verbesserungsmassnahmen stetig realisiert.

► Die Sanierung der Gemeindestrassen entsprechend dem Rahmenkredit des Stadtparlamentes wird plangemäss weitergeführt.

► Ende Jahr wurde ein Vorprojekt für eine rechtliche Verselbständigung der Verkehrsbetriebe gestartet.



Verkehrsentwicklung über den Sittergraben (Fahrzeuge/Tag)



* Wegen der Bauarbeiten konnten die Verkehrszahlen im Jahr 2007 nicht erhoben werden.

Die städtischen Strom- und Wasservorlieferanten haben dieses Jahr wichtige Weichen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit gestellt: Die Kraftwerke Zevreila AG, die zu 40 Prozent der SN Energie AG gehört, arbeitet an einem Konzessionsgesuch für den Ausbau ihrer Wasserkraftanlagen im hinteren Lugnez. Die RWSG Regionale Wasserversorgung St. Gallen AG hat mit den Arbeiten für die Neukonzeption Ausbau 2010 begonnen.

Wasserkraft ausbauen

Der Stromverbrauch in der Stadt St. Gallen wird zu über 98 Prozent durch die Stromlieferungen der Vorlieferantin SN Energie AG gedeckt. Deren vordringliche Aufgabe in den nächsten Jahren wird es sein, den nach wie vor wachsenden Strombedarf der Partner zu decken und die sich im Jahr 2015 abzeichnende Versorgungslücke zu schliessen. Als Hauptaktionärin und geschäftsführende Stelle der Kraftwerke Zevreila AG setzt sie sich ein für den Ausbau der Wasserkraftanlagen im hinteren Lugnez (GR). Mit dem Bau von rund 17 km Stollen und einigen Ausgleichsbecken soll Wasser aus dem hinteren Lugnez in das Ausgleichsbecken Zevreila, das unterhalb des Stausees liegt, übergeleitet werden. Mit diesem Wasser können jährlich ca. 100 Gigawattstunden Strom produziert werden; dies entspricht etwa einem Fünftel des jährlichen städtischen Stromverbrauchs. Das Konzessionsprojekt für dieses 100-Millionen-Projekt liegt im ersten Semester 2008 vor. Sobald die Konzession erteilt ist, wird das Bauprojekt ausgearbeitet.

RWSG-Ausbau 2010

Die RWSG Regionale Wasserversorgung St. Gallen AG hat mit den Bauarbeiten des Projektes Ausbau 2010 begonnen. Dieses sieht vor, das Seewasserwerk Riet stillzulegen und die Seewasserwerke Frasnacht, Arbon und Rorschach zu vernetzen. Die beiden Versorgungsachsen Riet–St. Gallen und Frasnacht–St. Gallen bleiben aus Gründen der Versorgungssicherheit unverändert bestehen. Das Gesamtprojekt beinhaltet den Abbruch des Seewasserwerkes Riet und den Bau eines neuen Hochdruckpumpwerks, die Erneuerung des über 100-jährigen Transportleitungsabschnittes Riet–Bruggmühle sowie eine neue Verbindungsleitung vom Seewasserwerk Arbon zum neuen Hochdruckpumpwerk Riet.

Die Baubewilligungsverfahren, das Einholen der Durchleitungsrechte und die Ausschreibungen für die Bauarbeiten konnten in allen Teilprojekten im Frühjahr abgeschlossen werden. Die Transportleitung Riet – Bruggmühle konnte bereits auf einer Länge von 1.7 Kilometern erneuert werden; 2008 werden die restlichen 900 Meter fertiggestellt. Mit den Abbrucharbeiten der Langsamsandfilter und der Werkstatt beim Seewasserwerk Riet konnte im Dezember begonnen werden, sodass die notwendige Bodenfläche für das neue Hochdruckpumpwerk nun verfügbar ist. Die Verlegung der Seeleitung Arbon – Riet startet ebenfalls im Februar 2008.

► Umsetzung Legislaturziele 2005 bis 2008

Die Notwendigkeit für eine rechtliche Verselbständigung der Sankt Galler Stadtwerke wird 2008 neu beurteilt. Die Frage der räumlichen Konzentration der sgsw bleibt weiterhin pendent. Die Modernisierung des Fernwirk- und Betriebsleitsystems erfolgt nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode.



Kennzahlen 2005	2005	2006	2007
Wasserverbrauch* (l)	79 700	80 630	79 291
Stromverbrauch* (kWh)	6 130	6 400	6 428

* pro Kopf und Jahr

Das Kehrtheizkraftwerk (KHK) St.Gallen steht mit der Sanierung der Ofenlinien vor einer weiteren Erneuerungsetappe. Die städtische Kehrtheizentsorgung setzt mittelfristig auf den Ausbau von Unterflursystemen im gesamten Stadtgebiet. Auf der Deponie Tüfentobel wurden verschiedene bauliche Massnahmen für Bachoffenlegungen umgesetzt.

Sanierung und Ausbau des Kehrtheizkraftwerks (KHK)

Im Kehrtheizkraftwerk (KHK) werden jährlich rund 75 000 Tonnen Siedlungsabfälle aus Stadt und Region verbrannt und energetisch verwertet. Diese für die Abfallentsorgung zentrale Anlage wird bis über das Jahr 2020 hinaus rollend erneuert. Nach der Erneuerung der Steuerungsanlagen sollen mit einem weiteren Rahmenkredit von CHF 6.8 Mio. die beiden Ofenlinien saniert werden. Die Arbeiten werden sich bis ins Jahr 2009 erstrecken. Zusätzlich wurde ein separater Kredit von CHF 1.4 Mio. für den Anbau eines Büro- und Garderobentraktes erteilt, um drängende Raumprobleme rasch und zweckmässig lösen zu können. Im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzepts 2050 werden zudem energetische Optimierungen bei allen Entsorgungsanlagen im Sittertobel geprüft.

Unterflurbehälter und Unterflurkübel

Nachdem die Erfahrungen mit dem Einsatz von Unterflurbehältern im Pilotgebiet Linsebühl/St.Fiden sehr positiv sind, hat das Stadtparlament im Frühsommer beschlossen, das System auf weitere Stadtgebiete auszudehnen. Der Ausbau soll sowohl quartierweise als auch nach den sich bietenden Möglichkeiten erfolgen; für den Systemwechsel wird mit Gesamtkosten von knapp CHF 6 Mio. gerechnet. Dank Einsparungen in andern Bereichen kann

die Umstellung auf Unterflursysteme ohne Erhöhung der Kehrtheizsackgebühren umgesetzt werden. Ein Versuch mit Unterflurkübeln in der Innenstadt ist ebenfalls positiv verlaufen. Die grünen Kübel in der Innenstadt werden nach und nach ersetzt werden.

Wasserbau auf der Deponie

Gemäss den gesetzlichen Vorgaben sind die Bachläufe im Bereich der Deponie Tüfentobel zu fassen und spätestens nach Deponieabschluss ausserhalb des Deponiekörpers zu führen. Zusammen mit den noch zu erstellenden Eindolungen werden bis zum Deponieabschluss gut fünf Kilometer Bachläufe wieder offen geführt. Damit sollen die Fischgängigkeit zur Sitter durch eine direkte Verbindung sichergestellt und topografische Hindernisse beseitigt werden. Der Hochwasserentlastungskanal zur Sitter ist bereits erstellt. Der Rütibach wurde im oberen Abschnitt neu gebaut und im unteren Bachabschnitt ausgebaut. Ein Seitenarm des Spiseggbachs wurde saniert; er wird im heutigen Bett des Tüfenbachs in die Sitter abgeleitet.

► Umsetzung Legislaturziele 2005 bis 2008

Alle Legislaturziele 2005 bis 2008 im Bereich Entsorgung konnten erreicht werden.



Hauskehrmenge pro Kopf und Jahr (kg)	2003	2004	2005	2006	2007
	236	236	232	227	229



Wertstoffmenge pro Kopf und Jahr (kg)	2003	2004	2005	2006	2007
Altglas	30	31	31	31	31
Papier/Karton	82	84	79	78	77
Weissblech/Alu	2.0	2.0	2.0	1.8	1.7



Maja Zimmerli, Malerin
seit 2003 im Kulturzentrum Reithalle

Eine elektronische Geschäftskontrolle unterstützt neu die Dienststellen- und Direktionsübergreifende Zusammenarbeit. Der Zivilstandskreis St.Gallen ist um die Gemeinden Degersheim, Häggenschwil, Muolen und Wittenbach erweitert worden. Mit einem Tag der offenen Tür und mit einem Hochseilakt von David Dimitri ist am 23. Juni der Abschluss der Rathäuserneuerung gefeiert worden.

Geschäftskontrolle unterstützt städtische Verwaltungsprozesse

Seit April 2007 ist in der Stadtverwaltung St.Gallen die Geschäftskontrolllösung GEKO zur elektronischen Unterstützung der Dienststellen- und Direktionsübergreifenden Zusammenarbeit, Geschäftsfallbearbeitung und Aktivitätenüberwachung im Einsatz. Sie wird vorwiegend für die beiden Geschäftsfelder Stadtratsbeschlüsse und Parlamentsgeschäfte genutzt.

Bestehende Daten/Dokumente können in die elektronische Archivlösung abgelegt oder auf dem Internet publiziert werden. Verschiedene Dienststellen führen zudem ihre dienststelleninternen Geschäfte inkl. Aufträge und Pendenzen, Posteingangskontrolle, Gremienverwaltung sowie Sitzungsmanagement in der neuen Applikation.

Einbürgerungen

Vor drei Jahren hat die Stadt die Administration der Einbürgerung von den vier St.Galler Ortsgemeinden übernommen. Das Einwohneramt erledigt im Auftrag der Einbürgerungsräte alle anfallenden Aufgaben von der Beratung der einbürgerungswilligen Personen über das Einholen der Erhebungsberichte und das Inkasso bis zur Vorlage der Gesuche an den Einbürgerungsrat bzw. das Stadtparlament. Die Gespräche mit Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern werden von den Mitgliedern der Einbürgerungsräte geführt, welche von den Ortsgemeinden in die Räte delegiert sind. Seit 2005 hat sich die Zahl der positiv entschiedenen Einbürgerungsgesuche bei knapp 300 pro Jahr eingependelt. Zunehmend ist die Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das Gesuch vor Vollendung des 20. Altersjahrs stellen und mindestens seit 10 Jahren in der Schweiz wohnen.

Vergrößerung des Zivilstandskreises

Seit 1. April 2001 umfasst das Regionale Zivilstandsamt St.Gallen die Stadt St.Gallen und die Gemeinde Eggersriet. Im Jahr 2006 leitete der Kanton eine weitere Reorganisation der Zivilstandskreise ein. In der Folge hat die Stadt verschiedenen umliegenden Gemeinden eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilstandswesens angeboten. Seit 1. Dezember 2007 werden die zivilstandsamtlichen Aufgaben der Gemeinden Häggenschwil und Muolen in St.Gallen geführt. Am 1. März 2008 werden die Aufgaben der Gemeinde Wittenbach und am 1. April 2008 diejenigen der Gemeinde Degersheim übernommen.

Trauungen und Beurkundungen eingetragener Partnerschaften sind am Amtssitz des Regionalen Zivilstandsamtes von Montag bis Freitag möglich. In den Vertragsgemeinden ist dies weiterhin am Freitagnachmittag möglich. Ab 2008 finden im Rathaus St.Gallen neu auch am Samstag Ziviltrauungen statt, nämlich an je einem vom Zivilstandsamt festgelegten Samstag in den Monaten April bis Oktober.

Stimmbüro: Scannen der Stimm- und Wahlzettel

Das kantonale Gesetz über die Urnenabstimmungen sieht vor, dass die Stimmberechtigten bei Majorzwahlen nur noch einen einzigen Stimmzettel erhalten, auf welchem alle zur Wahl vorgeschlagenen Personen aufgeführt sind. Die Stimmausgabe erfolgt durch Ankreuzen der entsprechenden Personen. Diese Änderung machte für das Stimmbüro den Einsatz eines Hochleistungsscanners erforderlich, mit welchem die Wahlzettel maschinell erfasst werden können. Die Investition liess es als wünschbar erscheinen, den Scanner auch bei Sachabstimmungen einzusetzen. Zu diesem Zweck wurde auch

für die Sachabstimmungen ein neuer Stimmzettel eingeführt, auf welchem sämtliche Abstimmungsvorlagen – eidgenössische, kantonale und kommunale – aufgeführt sind, und bei denen die Stimmabgabe ebenfalls durch Ankreuzen erfolgt. Diese Neuerung machte Rechtsänderungen auf kantonaler und städtischer Ebene nötig, ferner eine Bewilligung des Systems durch den Bundesrat. Die neuen Stimmzettel und das Scanning der Wahlzettel haben sich bestens bewährt. Die Stimmabgabe ist für die Stimmberechtigten einfacher geworden, ebenso die Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses für das Stimmbüro.

Rathaus: Bezug und Einweihung

Mit der Übergabe des Flachbaus an die Benutzenden Anfang April 2007 wurde die 2. Etappe der Rathauserneuerung planmässig abgeschlossen. Alle Dienststellen konnten nach längeren internen oder externen Provisorien ihren definitiven Standort beziehen. Damit fand eine mehrjährige Phase ihren Abschluss, während der das Rathaus gleichzeitig geplant, gebaut und betrieben wurde, was allen Beteiligten ausserordentlichen Einsatz, hohe Flexibilität und auch grosses Verständnis abverlangte.

Am 23. Juni wurde das vollständig erneuerte Rathaus anlässlich eines Tages der offenen Tür der Öffentlichkeit vorgestellt. Mehrere Tausend Interessierte konnten sich von der modernen Arbeitsumgebung einer leistungsfähigen, publikumsorientierten Verwaltung überzeugen und sich von den in den öffentlichen Zonen prominent platzierten Kunstwerken inspirieren lassen. Der waghalsige Hochseilakt von David Dimitri vom Postturm zum Rathausdach bildete den Höhepunkt eines gelungenen Rathausfestes.

► Umsetzung der Legislaturziele

- Mit der Eingliederung der Gemeinden Degersheim, Häggenschwil, Muolen und Wittenbach ist die regionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilstandswesens ausgebaut worden.
- Die Schulorganisation ist auf den 1. August 2007 in Kraft getreten.
- Das Rathaus ist umgebaut und die Eröffnung wurde am 23. Juni 2007 mit einem Tag der offenen Tür für die Bevölkerung gefeiert.

Die anhaltend gute Wirtschaftsentwicklung ermöglicht einen weiteren sehr guten Rechnungsabschluss. Zusammen mit dem positiven Ausgang der Diskussion um das neue Finanzausgleichssystem ermöglichte dies, ein langjähriges finanzpolitisches Ziel zu erreichen: Der Steuerfuss kann im Jahr 2008 auf die Höhe des kantonalen Durchschnitts gesenkt werden.

Rechnungsergebnis 2007

Die Laufende Rechnung weist für das Jahr 2007 einen Ertragsüberschuss von 3.7 Mio. aus. Da die Nettoinvestition vollständig aus den Abschreibungen finanziert werden kann, wird die Verschuldung um diesen Betrag abgebaut. Die gegenüber dem Budget deutliche Verbesserung ist auf Mehreinnahmen vor allem bei den natürlichen Personen und Einsparungen auf der Aufwandseite zurückzuführen. Diese Verbesserungen erlauben – neben der vollständigen Finanzierung der Nettoinvestition und dem erwähnten Abbau der Verschuldung – ausserdem eine Einlage zur Vorfinanzierung der Einnahmenausfälle, welche aufgrund der geplanten Steuergesetzrevision zu erwarten sind. Im Hinblick auf eine Stabilisierung des in der Zwischenzeit herabgesetzten Steuerfusses ist dies eine vordringliche Massnahme.

Finanzausgleich und Steuerfusspolitik

Mit der Annahme des neuen innerkantonalen Finanzausgleichs in der Volksabstimmung vom 23. September 2007 ging für die Stadt ein seit Jahrzehnten gehegter Wunsch in Erfüllung. Mit dem neuen Finanzausgleich werden in Zukunft rund die Hälfte der von der städtischen Bevölkerung getragenen Sonderlasten (zentralörtliche Leistungen und soziodemografische Lasten) abgegolten. Die dem städtischen Haushalt zufließenden Mittel von rund CHF 13 Mio. wurden in Form einer Steuerfussenkung von zehn Prozentpunkten vollständig an die Steuerzahlenden weitergegeben. Der auf verschiedenen Gebieten anhaltende Steuerwettbewerb und die in den letzten Jahren gemachten Zusagen liessen diesen Schritt als sinnvoll erscheinen. Dank der guten Wirtschaftslage ist die Senkung auf 149 Steuerprocente verantwortbar. Eine auf kantonaler Ebene angekündigte Steuergesetzrevision wird mittelfristig

für den städtischen Haushalt allerdings beachtliche Einnahmenausfälle zur Folge haben, sodass in einigen Jahren der Steuerfuss erneut überprüft werden muss.

Auch mit der besseren Abgeltung der Sonderlasten wird die Stadt ihren Steuerfuss in Zukunft nicht unter den als Ziel genannten kantonalen Durchschnitt senken können. Dies liesse sich auch im Vergleich zu einer grossen Zahl von st.gallischen Gemeinden, welche über ein deutlich weniger umfangreiches Leistungsangebot verfügen, nicht rechtfertigen. Umgekehrt bedeutet die Orientierung am kantonalen Durchschnitt aber auch, dass der städtische Steuerfuss immer über den Steuerfüssen der steuergünstigsten Gemeinden der Region liegen wird. Aber dies ist eine in der Schweiz für Zentren übliche Situation und lässt sich mit dem höheren Leistungsangebot in den Kernstädten sehr wohl begründen. Ob sich die Zielsetzung «des kantonalen Durchschnitts» auch langfristig erreichen lässt, hängt einerseits von den finanzpolitischen Entscheiden der Stadt, andererseits aber auch von der Entwicklung der Steuerfüsse in den anderen Gemeinden ab.

Die Entwicklung der Steuerfüsse in der Region hängt von der zukünftigen Zusammenarbeit innerhalb der Region ab. In den nächsten Jahren wird – vor allem auf kantonaler Ebene – der Lastenausgleich im Zentrum der Diskussion stehen. Es stellt sich die Frage, wie sich die horizontalen Abgeltungen, welche nach dem gewählten System dem Kanton zugute kommen werden, auf die Steuerfüsse der Regionsgemeinden auswirken werden. Es wird aufmerksam zu verfolgen sein, ob die Erkenntnis wächst, dass ein überbordender Wettbewerb innerhalb einer Region letztlich allen Gemeinden schadet.

Revision der Legislaturziele

Im Rahmen einer Postulatsbeantwortung wurden die finanzpolitischen Zielvorstellungen dem deutlich verbesserten wirtschaftlichen Umfeld angepasst. Im Spannungsfeld zwischen attraktivem Leistungsangebot und der Orientierung des Steuerfusses am kantonalen Durchschnitt verbleibt als dritter Parameter die Verschuldungsentwicklung. Diese soll weder vernachlässigt noch dämonisiert werden; bietet sie doch die Möglichkeit, auch auf städtischer Ebene eine kontinuierliche, verlässliche Finanzpolitik zu betreiben, welche im Bereich der Steuerpolitik stetig und verlässlich ist und auf der anderen Seite auch auf konjunkturpolitische Aspekte Rücksicht nimmt. Im Parlament fanden die folgenden Formulierungen breite Zustimmung:

► In einem guten wirtschaftlichen Umfeld ist die Verschuldung real bzw. im Verhältnis zu den Einnahmen zu stabilisieren, wenn möglich sogar abzubauen. Dies bedeutet, dass bereits im Budget ein Selbstfinanzie-

rungsgrad von 70 bis 100 Prozent angestrebt werden soll. Dies bedingt auch die Aufnahme ausreichend hoher zusätzlicher Abschreibungen in das Budget.

► Bei schlechtem Wirtschaftsverlauf oder im Fall ausserordentlicher Investitionsvorhaben kann – bei stabil gehaltenen Investitionen – die Selbstfinanzierung niedriger angesetzt werden. Unter 50 Prozent sollte sie nur kurzfristig und unter aussergewöhnlich schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sinken.

► Umsetzung der Legislaturziele

Die finanzpolitischen Zielsetzungen können aus heutiger Sicht erreicht werden. Einerseits konnte der Steuerfuss für das Jahr auf 149 Prozent herabgesetzt werden, was etwa dem angestrebten kantonalen Durchschnitt entspricht. Andererseits wird die Verschuldung nicht das ursprünglich erwartete Mass annehmen.



Steuerertrag pro Kopf (in CHF)	1993	1998	2003	2004	2005	2006	2007
Steuerertrag pro Kopf (nominell)		2 436	2 705	2 927	3 003	3 037	3 097
Steuerertrag pro Kopf (real)		1 423	1 519	1 568	1 597	1 597	1 612
Steuerfuss		159	159	159	159	159	159



Verschuldung und

einfacher Steuerertrag	1993	1998	2003	2004	2005	2006	2007
Verschuldung (in CHF 1 000)	134 712	177 470	135 646	145 396	151 656	148 459	144 760
Einfacher Steuerertrag (in CHF 1 000)	111 612	119 338	130 777	132 912	133 815	136 351	135 513
Verschuldung (in Steuerprozent)	120.7	148.7	103.7	109.4	113.3	108.9	106.8



David Bürkler, Künstler
seit 1992 im Kulturzentrum Reithalle

Erste Massnahmen zur Umsetzung des Energiekonzepts 2050 sind in Angriff genommen worden.

Ein Status-Quo-Bericht über die nachhaltige Entwicklung in der Stadt liegt vor.

Umsetzung Energiekonzept 2050

Im März 2007 hat das Stadtparlament vom Energiekonzept 2050 Kenntnis genommen. Das Konzept orientiert sich an der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft. Um diese Vision umsetzen zu können, muss der Einsatz CO₂-belasteter Energieträger im Bereich Raumwärme von heute 900 Gigawattstunden (GWh) auf 300 GWh reduziert werden. Die Reduktion der CO₂-Emissionen sollen zu zwei Drittel über Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich und zu einem Drittel über den Ersatz fossiler durch erneuerbare Energien erfolgen. Die Umsetzung erfolgt im Wesentlichen mit einer konsequenten Förderung von Energieeffizienz-Massnahmen an Gebäuden und dem Aufbau neuer Wärmenetze in der Talsohle, die aus Wärme/Kraftkopplungsanlagen (WKK-Anlagen) gespeist werden. Letztere liefern den Strom, der für den geplanten Ausbau der untiefen Geothermie (Erdwärmepumpen) in den Hügellzonen der Stadt benötigt wird. Die Nutzung der Solarenergie wird für die Warmwasseraufbereitung intensiviert. Mit diesen Massnahmen macht sich St. Gallen auf den Weg entlang des CO₂-Absenkungspfad hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung im Jahr 2050. Langfristig sollen die aufzubauenden Wärmenetze mit Tiefengeothermie gespeist werden.

Im laufenden Jahr wurden die Projektorganisationen für die Umsetzung der notwendigen Massnahmen aufgebaut. Zudem erfolgten erste Planungsarbeiten für den Ausbau von Nahwärmenetzen, für energetische Optimierungen bei den eigenen Entsorgungsanlagen, für ein Forschungsprojekt Geothermie und für die Revision der rechtlichen Grundlagen.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Mit der Unterzeichnung der Aalborg Commitments im Jahr 2005 hat sich die Stadt St. Gallen verpflichtet, in einem Grundlagenbericht (Baseline Review) eine Standortbestimmung über die nachhaltige Stadtentwicklung vorzunehmen. Die Aalborg Commitments wurden 2004 von der Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte & Gemeinden verabschiedet und verfolgen das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Entwicklung von Städten und Gemeinden in ganz Europa. Der Bericht der Stadt St. Gallen wurde 2007 erarbeitet und beschreibt die vorhandenen Konzepte, die bestehenden politischen Verpflichtungen und die aktuellen Herausforderungen. Als nächster Schritt sollen individuelle lokale Ziele mit einem konkreten Zeitrahmen festgelegt werden, die geeignet sind, den Fortschritt auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu dokumentieren.

►► Umsetzung Legislaturziele 2005 bis 2008

Das Indikatorensystem für zwischenstädtische Vergleiche im Bereich nachhaltige Entwicklung befindet sich im Aufbau. Das 2007 verabschiedete Energiekonzept 2050 zeigt Wege auf, wie das Klimaschutzziel des Kyoto-Protokolls erreicht werden kann. Der Masterplan Energie, der die Vorbildfunktion der Verwaltung im Klima- und Energiebereich definiert, liegt 2008 vor.



Messort Volksbadstrasse

	2003	2004	2005	2006	2007
Stickstoffdioxid (NO ₂) in µg/m ³ (Grenzwert 30 µg/m ³)	36	32	34	35	32
Ozon (O ₃), Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen	492	177	146	295	107
Feinstaub (PM10) in µg/m ³ (Grenzwert 20 µg/m ³)	23	19	18	21	16

Amtsantritt

Thomas Scheitlin und Nino Cozzio waren am 24. September 2006 nach den per Ende 2006 erklärten Rücktritten von Stadtpräsident Dr. Franz Hagmann und von Stadtrat Hubert Schlegel in den Stadtrat gewählt worden.

Sie übernahmen am 1. Januar 2007 ihre neuen Ämter; Stadtpräsident Thomas Scheitlin führt die Direktion Inneres und Finanzen, Stadtrat Nino Cozzio die Direktion Soziales und Sicherheit.

Partizipationsreglement

Das Stadtparlament stimmte am 19. September 2006 dem Partizipationsreglement zu. Das Stimmvolk nahm die Vorlage am 11. März 2007 mit 8 659 Ja (50.6%) gegen 8 467 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 39.5% an.

Festlegung des Steuerfusses für das Jahr 2007

Das Stadtparlament stimmte am 12. Dezember 2006 der Festlegung des neuen Steuerfusses zu. Das Stimmvolk nahm die Vorlage am 11. März 2007 mit 9 014 Ja (52.8%) gegen 8 074 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 39.5% an.

Überbauung Güterbahnhof

Das Stadtparlament stimmte am 28. November 2006 der Überbauung Güterbahnhof zu. Das Stimmvolk verworft die Vorlage am 17. Juni 2007 mit 10 646 Nein (57.9%) gegen 7 756 Ja bei einer Stimmbeteiligung von 42.1%.

Zonenplanänderung Überbauung Birnbäumen

Das Stadtparlament stimmte am 13. Februar 2007 der Zonenplanänderung zu. Das Stimmvolk nahm die Vorlage am 23. September 2007 mit 7 158 Ja (52.9%) gegen 6 379 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 31.7% an.

Ersatz der Trolleybusflotte

Das Stadtparlament stimmte an seiner Sitzung vom 22. Mai 2007 der Beschaffung von neuen Trolleybussen zu. Das Stimmvolk nahm die Vorlage am 25. November 2007 mit 20 269 Ja (89.5%) gegen 2 380 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 51.8% an.

Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen

Das Stadtparlament stimmte an seiner Sitzung vom 28. August 2007 dem Projekt für die Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen zu. Das Stimmvolk nahm die Vorlage am 25. November 2007 mit 14 275 Ja (63.3%) gegen 8 276 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 51.8% an.



Parlamentarische Vorstösse

	2003	2004	2005	2006	2007
Motionen	4	4	3	4	3
Postulate	10	7	11	9	16
Interpellationen	41	20	23	20	17
Einfache Anfragen	17	15	24	22	40



st. andt